

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schumannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34,

Mittwoch den 10 Februar 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Emil Rosenow †.

Eine ebenso überraschende, wie betrübende Kunde geht uns aus Berlin zu: Emil Rosenow, das jüngste Mitglied der Fraktion, der Vertreter des 20. sächsischen Wahlkreises (Schöppan-Marienbergr) im Reichstage, ist Sonntag Mittag in Schöneberg bei Berlin infolge eines Herzschlages gestorben. Vor etwa drei Wochen war Emil Rosenow an Influenza erkrankt, doch befand er sich bereits in Besserung und hoffte, in den nächsten Tagen das Bett wieder verlassen zu können. Leider sollte es anders kommen.

In Emil Rosenow verliert die Partei unendlich viel. Seine Verdienste um dieselbe sind so mannigfaltig und vielfach, wie die Person des so früh aus dem Leben Gerissenen selbst. Schon früh, kaum 19 Jahre alt, trat er schaffend in unsere Reihen, indem er, der sich schon als 17jähriger Jüngling der sozialdemokratischen Journalistik gewidmet hatte, die Redaktion des „Beobachter“, Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im 16., 17., 19., 20. und 21. sächsischen Reichstagswahlkreis, übernahm und damit der heutigen „Volksstimme“ in Chemnitz die Wege ebnete. Als Redakteur des „Beobachter“ wurde ihm seinerzeit wegen einer geringfügigen Strafe, die er erlitten, von der Amtshauptmannschaft Chemnitz verboten, während der Dauer von zwei Jahren seinen Wohnort zu verlassen! Er war also völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Erst als unsere Genossen im sächsischen Landtag (damals gab es noch 14 sächsische Landtagsabgeordnete) und im Reichstag dieses unerhörte Verfahren der sächsischen Behörden brandmarkten, wurde die Standesbeschränkung aufgehoben. Im Jahre 1899 trat Rosenow als Redakteur in die Redaktion unseres Dortmunder Bruderblattes ein, leitete eine Zeitlang das Gewerkschaftsorgan der organisierten Handlungsgehilfen und betätigte sich seit seiner Wahl in den Reichstag (1898) als freier Schriftsteller in Berlin.

Als solcher war wohl Rosenow der beliebteste in der ganzen Partei. Sein Hauptgebiet war die soziale Belletristik und seine Erzählungskunst war ebenso groß wie das tiefe Empfinden und warme Verständnis für die armen Leute seiner zweiten Heimath (das sächsische Erzgebirge), das aus seinen zahllosen Geschichten aus dem Erzgebirge sprach. Fast jeder Parteikalender, fast jede Parteizeitung, Parteizeitschrift, fast jedes Unterhaltungsblatt der Partei enthält solche Erzählungen, Humoresken, lustige Skizzen und Novellen aus der nie versiegenden Feder Rosenows.

Daneben pflegte er unangesehrt die politische Mitarbeit an der Parteipresse. Der „Volksbote“ im besondern durfte ihn zu seinem hervorragendsten Mitarbeiter zählen. Was er schrieb, konnte stets auf weitgehendste Beachtung zählen. Im Reichstage war Emil Rosenow eines der fleißigsten Mitglieder, wie er auch zu den schätzbaren Volkrednern zu zählen war. Wiederholt bewies er als Fraktionsredner bei schwierigen Gelegenheiten z. B. über das Handelsgezetzbuch usw. eine Fülle von Wissen und Können, das auch der Gegner respektierte. Im Jahre 1902 betraute ihn die Fraktion sogar mit dem Verfassen des Berichtes über die parlamentarische Reichstagsaktion an den Parteitag zu München, der dauernd für die Partei von sehr großem Werte sein wird.

Seit einem Jahre hatte der in der Blüte seines Lebens stehende Schriftsteller das Glück, sich auch im Glanze des Ruhmes als Dramatiker sonnen zu können. Sein Erstlingswerk „Kater Lampe“, eine humorvolle Komödie in fünf Akten, hatte am Berliner Theater in der Reichshauptstadt einen glänzenden Erfolg und erntet heute in Hunderten von Städten Deutschlands alltäglich starken Beifall. Auch sein Stück „Zeug“ zeigt wie seine Erzählungen von äußerst talentvoller Auffassung und Beobachtungsgabe. Es hätte ihm zeitweilig ein sorgenfreies Dasein beschert, wenn nicht der unerbittliche Tod den Schöpfer desselben mit rauher Hand hinweggenommen hätte. Das kämpfende Proletariat wird das Andenken des so jung und früh aus dem Leben Geschiedenen immer hoch in Ehren halten!

## Rußland und Japan.

Nach einer Drahtmeldung, welche die Firma Dieberichsen, Schlenk & Co. in Chifso am Sonntag an die Kieler Firma S. Dieberichsen gerichtet hat, soll der Krieg zwischen Rußland und Japan bereits ausgebrochen sein. Doch liegt bisher nirgends eine Bestätigung dieser Nachricht vor. Das Staatsdepartement in Washington erhielt ein Telegramm von der amerikanischen Gesandtschaft aus Seoul, wonach verlautete, daß japanische Kriegsschiffe auf der Höhe von Kasampyo angekommen seien. Die telegraphische Verbindung sei jedoch

unterbrochen, eine Bestätigung des Gerüchts daher unmöglich. Die Frage: wer trägt die Schuld? wird noch immer eifrig erörtert. In Rußland wird behauptet, Japan trägt die Schuld, Japan sagt Rußland. Nach halbamtlichen Meldungen aus Tokio sah sich die japanische Regierung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die fortwährende Verzögerung in der Antwort der russischen Regierung gezwungen, die bis jetzt, im Gegensatz zu den in Europa verbreiteten Berichten, der japanischen Regierung noch nicht zugegangen ist. Die gestrige Meldung, wonach die Note bereits am Sonnabend überreicht sei, entsprach also nicht den Tatsachen. Ueber die Haltung der Mächte zu dem Konflikt verlaute bisher erst sehr wenig. Bündnisse interessieren an der weiteren Entwicklung der Dinge ist England und in zweiter Linie Frankreich. England hat bekanntlich vor zwei Jahren zu London einen Vertrag mit Japan, einen Bündnisvertrag, abgeschlossen, der England unter Bedingungen, die nicht genau öffentlich bekannt sind, zur Unterstützung Japans verpflichtet, besonders natürlich im Falle eines Angriffs, den Japan erühre. England hat also an dem Ausgange des Streites in Ostasien ein starkes Interesse und dürfte einer Niederlage Japans nicht teilnahmslos zusehen. Englische Marineoffiziere aus der Reserve sind, wie aus London gemeldet wird, bereits einberufen worden. Freilich ist aus der Geschichte hinreichend bekannt, daß ein unzuverlässiger, oft selbst den eigenen Interessenanteil im Stich lassender Verbündeter das „perfide Albion“ immer gewesen ist. Deutschland, das vor acht Jahren im Verein mit Rußland und Frankreich die Japaner um ihre Erfolge im Kriege gegen China hat bringen helfen, wird nach amtlichen und halbamtlichen Versicherungen sich der striktesten Neutralität befleißigen. Die offiziös bediente „Kolnische Zeitung“ schreibt: „Deutschland hat den festen Willen, in die Angelegenheiten anderer Mächte sich nicht einzumischen, soweit nicht seine eigenen mächtigst oder geschädigt werden. Wie wir bisher streng aufrichtig neutral geblieben sind, werden wir es auch in Zukunft bleiben. Deutschlands Politik ist, seine ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß durch den Zwist in Ostasien nicht weitere Verwickelungen entstehen und nicht die dem Kriegsschauplatz benachbarten chinesischen Gebiete in diese Strömungen hineingezogen werden. Diesem Zwecke werden wir am besten dienen durch eine Politik, die keinen Zweifel an unserer lokalen Neutralität aufkommen läßt.“

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbotes“

Berlin, den 8. Februar 1904.

### Etat des Reichsgesundheitsamtes.

Der Reichstag eröffnete seine heutige Sitzung mit einer Trauerkunde. Genosse Rosenow, das jüngste Mitglied unserer Fraktion, ist Sonntag früh der schweren Krankheit, an der seit längerer Zeit litt, erlegen. Erst vor wenigen Wochen, als sein Lustspiel „Kater Lampe“ erfolgreich über die deutschen Bühnen ging, hatte die Sonne des Glücks ihm gelächelt; um so tiefer rührt es sein tragisches Ende.

Nach der üblichen Ehrung des verstorbenen Mitglieds setzte das Haus die Etatsberatung fort. An der Reihe waren die sozialpolitischen Resolutionen, von denen mehr als zwei Duzend vorliegen. Angesichts der Unmöglichkeit, den Etat nach ihrer Besprechung, noch rechtzeitig, d. h. bis zum 1. April fertig zu stellen, waren sich alle Parteien schon Vormittags im Senatorenkonvent dahin schlüssig geworden, die Resolutionen nach Fertigstellung des Etats, nach Ostern, gesondert einer eingehenden Beratung zu unterziehen. Genosse Bebel, der namens unserer Fraktion dieser Regelung zustimmte, schob die Schuld für den unerträglichen Zeitmangel auf die Regierung, die den Reichstag so spät einberufen habe, und auf das Zentrum, das durch Umwandlung seiner selbständigen Initiativanträge in Resolutionen zum Etat, dessen Beratung bedeutend verzögert habe. Vergeblich suchte Herr Gröber (Z) seine Partei gegen diesen Vorwurf zu schützen, indem er auf die guten Folgen dieser Umwandlung — eingehende Beratung der Resolutionen nach Ostern — hinwies. Diesen allerdings erwünschten Beschluß hat das Zentrum weder vorangesehen noch gewünscht; selbst Herr v. Kardorff stimmte Bebel bei und warf dem Zentrum „unlauteren Wettbewerb“ vor.

Ein ähnliches Schicksal wie diese Resolutionen hatte die erste der zur Beratung stehenden Etatspositionen, die Forderung für die deutsche Kunstausstellung in St. Louis. Sie wurde bis zu den außerordentlichen Ausgaben zurückgestellt und soll zusammen mit den übrigen Forderungen für die dortige Weltausstellung beraten werden. So kam als erster Titel nach dem schon bewilligten Gehalt des Staatssekretärs das Reichsgesundheitsamt zur Beratung. Genosse Scheidemann ergriff hier als erster das Wort, um auf die Verschönerung der deutschen Flüsse durch die Jadastrichwässer hinzuweisen und Abhilfe durch ein rückwärts eingreifendes Reichsgesetz zu verlangen. Graf

Posadowsky erkannte die Berechtigung seiner Beschwerden an und versprach, wenn auch nicht ohne einschränkende Klauseln, den Wünschen unseres Redners nachzukommen. Eine Bemerkung des Konservativen Kettich rief dann den Genossen Scheidemann noch einmal auf die Tribüne und forderte ihn zu einer gründlichen Kritik des Fleischschauergesetzes heraus. Den Agrariern, deren wahre, selbstständigen Motive er aufdeckte, dürfte die Luft vergangen sein, sobald wieder diesen Gegenstand anzurühren.

Von freiständiger Seite wurden dann noch einige, mehr nebensächliche Fragen aufgerollt, wie eine Reichsapothekenordnung, ein Reichsgesetz über die Krankenpflege usw. Der Hamlet unserer Sozialpolitik, Graf Posadowsky, überlegt und erwägt all das. Wann er zum Handeln kommen wird, ist nicht abzusehen.

In den unvermeidlichen Ausfällen auf unsere Partei ergingen sich die, welche gar nichts Sachliches vorzubringen wußten: Der nationalliberale Dr. Becker, leider Nachfolger unseres Genossen Ulrich im Offenbacher Mandat, und der christlich-soziale Freund Stöcker, Dr. Burkhardt. Auch Herr Erzberger vom Zentrum zeigte in einer persönlichen Bemerkung, daß er die Abstrafung durch den Genossen David am Sonnabend noch nicht verschmerzt hatte.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

27. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky. Zu Ehren des Abg. Rosenow (SD), der gestern nach schwerem Leiden verschieden ist, erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Präsident Graf Ballestrem: Nach früheren Beschlüssen des Reichstags würden wir jetzt in die Debatte über die Resolutionen sozialpolitischen Inhalts eintreten müssen, die zu Titel I gestellt sind. Auch ich glaube, daß die Fortbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung die Hauptaufgabe der gesetzgebenden Faktoren des 20. Jahrhunderts und besonders des ersten im 20. Jahrhundert gewählten Reichstages sein wird. Aber der Reichstag hat die Verpflichtung, den Reichshaushaltsetat bis zum Beginn des neuen Etatsjahres fertig zu stellen. (Sehr richtig!) Dies würde nicht möglich sein, wenn wir jetzt in die Beratung der zahlreichen Resolutionen eintreten würden. Schon so reichen 39 Beratungstage kaum noch aus. Ich habe deshalb die Absicht, diese Resolutionen nach Ostern im Hause zur Debatte zu stellen, mit nur kurzen Unterbrechungen durch andere legislativische Aufgaben. Deshalb stelle ich den Antrag, für heute die Resolutionen von der Tagesordnung abzusetzen.

Spahn (Z): Wir hätten es für möglich, den Etat rechtzeitig fertigzustellen, wenn die entsprechende Zustimmung zur Verkürzung der Debatte in diesem Hause gewesen wäre. Da aber die Besprechung ergeben hat, daß das sächsische Parteien für den Ausschub sind, schließen wir uns dem Vorschlag des Präsidenten an.

Bebel (SD): Auch wir werden keinen Widerspruch erheben. Ich will nur darauf hinweisen, daß das Zentrum und ihm folgende die anderen Parteien durch Umwandlung ihrer Initiativanträge in Resolutionen uns gegen unseren Willen geradezu gezwungen haben, auch unsererseits Resolutionen zum Etat zu stellen. Nur durch diese neue Sitte hat das Zentrum die jetzige Zwangslage verschuldet. Aber auch die verbündeten Regierungen hätten die Pflicht gehabt, durch frühere Einberufung des Reichstags für rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu sorgen.

Dr. Sattler (NL): Da auch beim besten Willen die Resolutionen so rasch nicht erledigt werden können, stimmen wir dem Vorschlag des Präsidenten zu.

v. Norman (Z): Der Grund der gesamten Gesetzgebung halten wir den Vorschlag des Präsidenten für richtig.

Dr. Müller-Sagan (FVp): Wir haben schon immer befürchtet, daß es so kommen würde, wie es jetzt gekommen ist. Auch uns scheint die späte Einberufung des Reichstags mit Schuld an der Verzögerung der Etatsberatung.

Gröber (Z): Wenn Herr Bebel sich vergegenwärtigt, daß durch die von ihm getadelte Umwandlung in Resolutionen die Beratung dieser Materie in dieser Session ermöglicht worden ist, hätte er allen Grund, uns dankbar zu sein. Die späte Einberufung, die Mühen unserer Beratungen, die Dauerreden verzögern in gleicher Weise unsere Beratungen.

v. Kardorff (RP): Die Umwandlung der Initiativanträge in Resolutionen war eine Art unlauteren Wettbewerbs. (Sehr richtig! recht!)

Bebel (SD): Sie (zum Zentrum) haben nicht voraussehen können, daß Ihr dieses Beispiel von andern nachgeahmt würde. (Behauptet Widerspruch im Zentrum.) Schwerlich werden Sie ein anderes Mal diesen Weg wieder betreten. (Abg. Gröber (Z): Das werden wir sehen!) Wenn das Zentrum im Senatorenkonvent für eine genügende Anzahl von Schmerntagen eingetreten wäre, hätten alle Initiativanträge gründlich beraten werden können.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe gegen meinen Vorschlag keinen Widerspruch gehört, die Resolutionen sind abgelegt.

Das Haus wendet sich der Etatsberatung zu. Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ weist

Scheidemann (SD) auf die Bereinigung der deutschen Flüsse hin. Der ständige Restrain der Petitionen des Vereins zur Reinhaltung der deutschen Flüsse laut

nur ein Reichsgesetz kann gründlich Abhilfe schaffen. Das Reichsgesundheitsamt sollte etwas mehr Initiative entwickeln. Besonders die Wupper ist in hohem Maße verunreinigt; der kleine Fluß muß 150 Tonnen Schmutz mit sich schleppen. Ein furchtbarer Gestank lagert über der Gegend, die er durchfließt. Wenn die Wupper mit ihren Schlammmassen die Ufer überflutet, wird auch die Landwirtschaft schwer geschädigt. Dazu kommt die Gefährdung der Gesundheit. Die Todesfälle von Infektionskrankheiten sind in Elberfeld besonders hoch. Nicht ein einziges Fischchen ist in der früher so frischen Wupper noch anzutreffen; die einzigen Lebewesen, die darin haufen, sind Kricken. So schwarz ist die Wupper bei Elberfeld, daß man einen Nationalliberalen, den man dort eintaucht, als Zentrumsmann wieder herauszieht. (Große Heiterkeit.) Ebenso schlimm sieht es um den Main; manchmal sieht er rot, manchmal ganz schwarz aus. Weiße Nadeln werden in ihm geradezu gefischt. (Heiterkeit.) Ein Freiheitsbrief zur Verfeinerung der Flüsse darf der Industrie nicht gegeben werden. Das Reich muß endlich die Initiative ergreifen; wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß Preußen voran geht. (Bravo! h. d. So.)

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich mit dem Vorredner vollkommen einverstanden. Das Reichsgesundheitsamt hat über die Verhältnisse in Mannheim, Dresden, Mainz usw. eingehende Gutachten erstattet. Vor kurzem hat in Mainz eine Konferenz getagt, die die Unterbindung der systematischen Verunreinigung des Rheins geregelt hat. Wenn die Zustände so weiter gehen, werden die Flüsse eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit. Ich bin fest entschlossen, diesen wichtigen Fragen meine fortgesetzte Aufmerksamkeit zu schenken.

Reichlich (R.) fordert Beseitigung des Fleischbeschaugesetzes, monach Hoffleisch in Paketen bis zu 4 Kg. ohne Untersuchung über die Grenze gelassen wird.

Staatssekretär Graf Posadowsky sieht keinen Anlaß, das Gesetz schon jetzt zu ändern.

Dr. Müller-Reiningen (Fp.) kritisiert die vom Reichsgesundheitsamt aufgestellte Liste der Geheimmittel, deren Anwendung verboten ist. Die harmlosesten Hausmittel sind dort neben wirkliche Schwundmittel wahllos gestellt, sogar Brandt's Schweizerpillen! Ich frage die Herren vom Reichsgesundheitsamt und den Herrn Staatssekretär, ob sie jemals Schweizerpillen ohne Erfolg angewendet haben? (Große Heiterkeit.) Auch diese famosen Anti-Obstruktionsmittel müßten die Herren doch besonders hochschätzen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Presse weiß jetzt wenigstens, was ein Geheimmittel ist, die Liste steht ja nicht für ewig fest. Der schlimmste Ausbeutungspunkt ist wenigstens beseitigt.

Göthein (Fp.) schlägt sich den Ausführungen des Abg. Müller-Reiningen an und verlangt ein Reichsgesetz über die Flußregulierungen, dessen Bestimmungen nicht zu rigoros sein dürfen.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Müller-Sagan (Fp.) verteidigt der

Präsident des Reichsgesundheitsamts Prof. Köhler die Tätigkeit der biologischen Abteilung.

Scheidemann (S.): Sie (nach rechts) haben die Frage der Fleischschau schon im Landtag und im preussischen Deputationskollegium vorgebracht. Jetzt fangen Sie damit an, im Reichstag an, um für die große Woche im Jhrus Buch gründlich gerüstet zu sein. (Oh! rechts.) Graf Posadowsky, dessen Intelligenz und Arbeitskraft uns im Futurismus gewiß außerordentlich nützlich sein könnte (Heiterkeit), will noch nicht genügend Erfahrungen mit dem Fleischbeschaugesetz gemacht haben. Aber die Konjunktur, die Fleischimporteure und die deutschen Schlachtermeister verlangen keine Beseitigung. Selbst der „Hilow-öfiziöse „Hamburgische Correspondent“ nannte es einen der trauzigsten Triumphe der reaktionären Wirtschaftspolitik. Die ausländischen Importeure bestaunen man für jeden Zulaß von Fleisch, den deutschen Schlachtermestern läßt man den zehnmal größeren durchgehen. Die konservativen Mittelstandsblätter haben durch dieses Gesetz den Mittelstand, die Buchhändler, schwer geschädigt. Die Gebühren, durch welche nach einer geheimen Begründung des Entwurfs die Mehrausgaben für Beamte wieder eingebracht werden sollen (Hört! Hört! links), sind unerträglich hoch. Ein leibhaftiger preussischer Geheimrat (Heiterkeit.) Dr. Georg Schmidt hat in einem vorzüglichen Kommentar — sicherlich ganz ungewollt — die Unhaltbarkeit vieler Bestimmungen und den Fall — selbsterleuchtend — nachgewiesen. Bald ist es Spät, bald ist es spät, bald zubereitete Fleisch, ganz wie der junge Karpathen schrieb: Bald ist der Tag eine Tag, bald ist die Tag ein Later. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen zahlreiche Widerprüche des Fleischbeschaugesetzes mit dem Volkstum in einzelnen vorführen. Die Gesetzgebung hat unter dem Fleischbeschaugesetz bedeutend gehandelt, unsere ganze Einnahme auf dem Viehmarkt ist erschüttert. Sie (nach rechts) haben es in letzter Linie auf die Volksgesundheit, in erster Linie auf Ihren Profit, die Steigerung der Fleischpreise, abgesehen. (Scharf rümpf! h. d. So., Unruhe rechts.) Das haben auch Graf Posadowsky und der Zentrumsabgeordnete Gerdenberger offen zugegeben. Die Partei national und „Kommunisten“ gedrungen die Herren der Rechten ja nur, wenn sie dem Volk das Jell über die Lippen ziehen wollen. Für Preußen langt das bayerische für Bayern das preussische und für Deutschland das österreichische Schwein nicht. Das nationale Schwein ist das einzige anständige. (Heiterkeit.) Sie haben uns Räuber von der Landwirthschaft wegzugeworfen so viel gelernt, wie Sie aus Annulla-Argumenten. Auch Ihnen könnte das David'sche Buch über die Landwirthschaft nicht schaden. (Nach rechts: Schmidt) Schmidt ist auch nicht von Farbe und dessen Kennzeichen möchte ich Ihnen. Das vom Hand der Landwirthschaft herausgegebenen Handbuch liegt unter dem Titel: „Schlachtvieh und Fleischbeschau“: „Es ist wenn die deutsche Landwirthschaft den Reiches führt, das sie den einheimischen Reiter bieten kann, wird die deutsche Regierung sie vor der Konkurrenz des Auslandes schützen.“ (Hört! Hört! bei den So.) Und dabei ist der Annulla-Verband in den letzten drei Jahren um 11 Prozent zurückgegangen. (Hört, Hört! h. d. So.) David hat nachgewiesen, wie viel besser die Landwirthschaft die Fleischpreise betreiben konnte ohne die verhasste Fleischbeschau. (Nacht! Nacht! rechts, Bravo! bei den So.) Lesen Sie (nach rechts) doch einmal genau auf den Titel des Buches, der sich am Anfang des Buches befindet. (Heiterkeit.) David hat nachgewiesen, daß die Fleischpreise, allerdings nicht ohne Rücksicht der Schlachter, bedeutend gestiegen. Als Arbeiter mannte die Zentrumsabgeordnete über das Fleischbeschaugesetz erwähnt, da mancherorts ja der

Republikaner Genj Stollberg: Ich bitte Sie, wenigstens nicht über die Resolution als solche zu sprechen. (Heiterkeit.)

Scheidemann (S.): Auch wir haben in der letzten Sitzung der Landtagung auf die Landwirthschaftliche Seite der Fleischbeschau hingewiesen. Wir verlangen die vollständige Abschaffung des Fleischbeschaugesetzes, da mancherorts ja der

Scheidemann (S.): Auch wir haben in der letzten Sitzung der Landtagung auf die Landwirthschaftliche Seite der Fleischbeschau hingewiesen. Wir verlangen die vollständige Abschaffung des Fleischbeschaugesetzes, da mancherorts ja der

Scheidemann (S.): Auch wir haben in der letzten Sitzung der Landtagung auf die Landwirthschaftliche Seite der Fleischbeschau hingewiesen. Wir verlangen die vollständige Abschaffung des Fleischbeschaugesetzes, da mancherorts ja der

Scheidemann (S.): Auch wir haben in der letzten Sitzung der Landtagung auf die Landwirthschaftliche Seite der Fleischbeschau hingewiesen. Wir verlangen die vollständige Abschaffung des Fleischbeschaugesetzes, da mancherorts ja der

Scheidemann (S.): Auch wir haben in der letzten Sitzung der Landtagung auf die Landwirthschaftliche Seite der Fleischbeschau hingewiesen. Wir verlangen die vollständige Abschaffung des Fleischbeschaugesetzes, da mancherorts ja der

Scheidemann (S.): Auch wir haben in der letzten Sitzung der Landtagung auf die Landwirthschaftliche Seite der Fleischbeschau hingewiesen. Wir verlangen die vollständige Abschaffung des Fleischbeschaugesetzes, da mancherorts ja der

Arbeit im Interesse der Volksgesundheit. (Lebh. Beifall bei den So.)

Dr. Mugdan (Fp.): Ich stimme dem Vorredner vollkommen zu; einen Teil der Schuld trägt die schlechte Organisation des Reichsgesundheitsamts, das halb Verwaltungsbehörde, halb wissenschaftliches Institut ist. Dringend notwendig ist die Reform des Krankenpflegewesens und des Apothekenbetriebs. Das praktische Jahr sollte allen Medizinern erlassen werden, die vor Erlaß der neuen Prüfungsordnung ihr Studium begonnen haben; diese selbst bedarf einer schärferen Fassung. (Lebh. Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Gebührenssetzung für die Fleischunterforschung sollte von vornherein nur eine vorläufige sein. Auch ich habe den Eindruck, daß ein Teil der Gebühren zu hoch gegriffen wird und werde mich sofort wegen einer Verringerung der Gebührenordnung mit den Regierungen in Verbindung setzen. Voraussetzung für die Einbringung eines Reichs-Apothekengesetzes wäre die Ablösung der in Preußen vorhandenen Apotheken. Der Herr Kultusminister ist zur Zeit mit der Ausarbeitung einer Reform des Apothekenwesens beschäftigt, über deren Einzelheiten ich Ihnen noch nichts sagen kann. Eine Reform des Krankenpflegewesens wäre gewiß notwendig. Das Reichsgesundheitsamt hat sich dahin geäußert, daß eine Prüfung für das Krankenpersonal nach einheitlichen Grundsätzen und eventuell eine zweite Prüfung für Oberwärter einzuführen sei. Im November 1903 ist ein Rundschreiben in diesem Sinne an die Regierungen ergangen. Die Antworten stehen noch aus.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Köhler verteidigt die Organisation des Amtes. Die Frage der Uebertragung von Tierüberholer auf Menschen wird streng wissenschaftlich geprüft. Eine Kommission von Fachleuten hat einen Versuchsplan bis ins Detail ausgearbeitet. Die Entscheidung wird jedenfalls nicht nach einseitigen Gesichtspunkten erfolgen.

Dr. Becker (M.) verteidigt das Vorführverbot und schlägt sich den Ausführungen des Abg. Mugdan über das praktische Jahr der Mediziner an.

Dr. Müller-Reiningen (Fp.): Die wirklich schwindelhaften Geheimmittel sollte man ganz verbieten. Wir verlangen ein kontradiktorisches Verfahren darüber, was ein Geheimmittel ist und was nicht.

Präsident Köhler: Die Liste ist jedem der beteiligten Produzenten vorher mitgeteilt worden. Jedenfalls bedeutet die Liste einen Fortschritt.

Dr. Durhard (Wirtschaftl. Ber.): Bei den Brandt'schen Pillen wird das Publikum um 81 Proz. übervorteilt. — Die Angriffe des Herrn Scheidemann gegen das Fleischbeschaugesetz gingen zu weit. In der Kritik sind ja die Herren hart, praktische Mittel zur Hebung der Landwirtschaft haben sie noch nie angegeben. Dazu sind sie politisch noch nicht reif genug. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Hierauf verliert das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Nachwahl hat aus Anlaß des Hinscheidens unseres Genossen Rosenow im 20. sächsischen Wahlkreis (Schöppan-Marienberg) stattgefunden. Rosenow's unerwählter agitativer Tätigkeit war es gelungen, in der Stichwahl im Jahre 1898 diesen Kreis, der bereits 1878 einmal von der Sozialdemokratie erobert worden war, zurückzugewinnen. Er sagte damals mit 10 262 Stimmen über den Kartellkandidaten, der nur 10 160 Stimmen auf sich vereinigte. Die Hoffnung der Gegner, den Kreis bei den Wahlen im vorigen Jahre zurückzuerobern, ist fehlgeschlagen. In dem achtzehn sächsischen Wahlkreisen, die bei den Wahlen im ersten Wahlgange gewonnen wurden, gehörte auch der 20. Wahlkreis. Rosenow siegte mit 13 616 Stimmen über den Reichsparteiler und Schatzmacher Dr. Jende, den früheren Leiter der Krupp'schen Werke, der es nur auf 9 876 Stimmen brachte. Der Wahlkreis kann danach als fester Besitz unserer Partei gelten. Erwähnt sei noch daran, daß dies nun schon der dritte sächsische Wahlkreis ist, indem eine Nachwahl nötig wird.

Die Stimmungsbilder des offiziellen Wolff'schen Telegraphenbureaus. Wie Genosse Sudekum im Reichstag kürzlich erklärte, hat das genannte Bureau einen literarischen 50 Pjansk-Dzjar etabliert, in dem es Stimmungsbilder aus dem Reichstage veröffentlicht, die förmlich derart entworfen sind, daß sie Bülow und die am Bülow mit einem möglichen Umdeuteln befehligen, die Gegner der glorifizierten Staatsgrößen aber in den tiefsten Schatten stellen. Der „Vorwärts“ veröffentlicht jetzt die Zirkulare, mit denen das Wolff'sche Telegraphenbureau die Korrespondenz in der Provinz betreibt:

Agentur der Continental-Telegraphen-Compagnie.  
Alliengemeinschaft. November 1903.  
Wolff's Telegraphisches Bureau.  
P. P.

Hierdurch gestatten wir uns, Ihre Aufmerksamkeit auf die von uns herausgegebenen neuen

Reichstagsstimmungsbilder zu lenken. Dieser Bericht enthält ein nicht zu umfangreiches, aber anschauliches und lebendiges Bild über den Verlauf der betreffenden Reichstags-Sitzung und wird von den Abgeordneten der mit diesen Berichten von uns bebildeten Zeitungen gern gelesen. Sie gelangen mit dem Abend resp. Nachtzügen zur Verlesung. Auf einige Tage werden wir die Berichte probeweise an Sie senden. Sollten Sie geneigt sein, auf die Stimmungsbilder zu abonnieren, so fallen wir Sie Ihnen zum Preise von 0.50 Mk. für jeden Bericht und Erstattung der Posti gern zur Verfügung und erbitte den angelegenen Bestellzettel, mit Ihrer wachen Unterschrift versehen, an uns zurückzugeben lassen.

In Hochachtung ergeht  
Agentur der Continental-Telegraphen-Compagnie.  
Alliengemeinschaft.

Wolff's Telegraphisches Bureau.  
Ein weiteres Zirkular bietet Berichte über die Verhandlungen der Kommissions und des Senatskonvents an und zwar zum Preise von 0.50—1 Mk.

Es ist das erste Mal, daß ein Reichstagsler nach Art der Anna Pillen, Richard Brandt's Schweizerpillen, Krugis Suppenzuppe u. Kellner für sein Geschäft werben läßt.

Wahlrechtsreform. Der national-liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Max Jaenecke, Berichtshändler in Hannover, hat nunmehr sein Mandat, das die Wahl-

prüfungskommission zu fassieren empfohlen hatte, tatsächlich niedergelegt. Er vertrat den Wahlkreis 16. Hannover (Südburg-Winsen-Bielefeld-Soltan-Amt Bergen bei Belle). Sein Gegenkandidat war ein Welfe.

Wahlrechtsreform in Sachsen-Koburg-Gotha. Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogtümer Koburg-Gotha wurde Montagmorgen in Gotha eröffnet. Dem Landtag ging ein Gesetzentwurf der Regierung zu, welcher die bisherige öffentliche Landtagswahl aufhebt und geheime Zettelwahl mit Wahllokals und Isolierraum bei den Urwahlen einführt. — Das ist eine Reform, die man sich schon gefallen lassen kann.

Auf die sozialdemokratischen Redakteure gemünzt ist eine Verfügung des preussischen Justizministers, wonach Gefangene Bücher und Schriften nur aus der Sammlung des Gefängnisses entnehmen dürfen. Das Mitnehmen eigener Bücher, auch die Zulassung einer Zeitung an Gefangene in Einzelhaft, werden von dem Vorsteher in den geeigneten Fällen bewilligt. Gefangene, die eine einfache Haftstrafe verbüßen, sowie Zivilhaftgefangene können eigene Bücher und Schriften — auch Zeitungen — benutzen, doch unterliegt die Auswahl der Aufsicht des Vorstehers. Ob Untersuchungsgefangenen die Benutzung eigener Bücher und Schriften — einschließlich Zeitungen — zu gestatten sind, bestimmt der Richter. — Einem gebildeten Menschen zuzumuten, seine geistige Nahrung auf die patriotischen Kinderbücher und den religiösen Traktatenschatz der Gefängnisbibliothek zu beschränken, ist allerdings eine grausame Strafschärfung.

Vom Kosakenkurs. Aus Breslau wird übereinstimmend bürgerlichen Blättern gemeldet: Die Breslauer russischen Studenten werden neuerdings scharf überwacht. Mehrere wurden von russischen Geheimagenten auf der Straße angehalten (?) und vor dem weiteren Besuch der sozialistischen Versammlungen oder der Verbeibaltung revolutionärer Zeitungen gewarnt. — Ist denn bei der preussischen Regierung alle Scham zu den Hundes entflohen, daß sie stillschweigend zuläßt, wie russische Geheimpolizisten friedliche Fremdlinge auf der Straße stellen?

„Aus einer kleinen Garnison“ freigegeben! In Weiningen wurde der in Deutschland beschlagnahmte Dörfische Roman „Aus einer kleinen Garnison“, gedruckt in Wien, auf Beschwerde freigegeben. Die Begründung besagt, daß nach dem Urteil des Kriegsgerichts zu Metz nur die Braunichweiger Ausgabe in Deutschland zu konfiszieren sei. Die Freigabe ruft begreiflicherweise in „patriotischen“ Kreisen Aufsehen hervor.

Die Allensteiner Schießaffäre. Der blutige Zusammenstoß zwischen Soldaten und Zivilisten in der Ortschaft Deuthen bei Allenstein hat jetzt die Befragung der schuldigen Zivilpersonen zur Folge gehabt; es sind dies der Zimmergeselle Freitag und der Arbeiter Freida aus Deuthen.

Vom Aufstand der Hereros. Die letzten privaten und später auch amtlichen Nachrichten wußten bekanntlich von einer Einschließung Omaruru durch die Aufständischen zu berichten, zugleich aber auch, daß es der Kompagnie Franke nach schweren Kämpfen gelungen sei, das Belagerungsheer der Hereros zu durchbrechen. Nunmehr liegt die amtliche Meldung in ihrem vollen Wortlaut vor. Danach drängte der Kommandant des „Habicht“ aus Swakopmund: Kompagnie Franke ist nach heftigem Kampf in Omaruru eingebrungen. Feind große Verluste an Toten, Verwundeten, Groß Vieh. Hauptling Michael ziemlich sicher tot. Auf deutscher Seite tot: Feldwebel Müller, Unteroffizier Otto Pries, Gefreiter Linke, Scherrer, Reservist Seelmann, Landwehrmann Gerlich, Verwundet: Leutnant Griesbach, Kathusius, Bollwarth, Sergeant Tante, Unteroffizier Gader, Ulrich, Gefreiter Milke, Paul, Reservist Hoffmann, Layemann, Wagh. Vermißt: Patrouille ein Unteroffizier, sechs Mann. Verwundete scheinen außer Gefahr. Feind schließt Omaruru ein. Habe Korps „Habicht“ und Winkler nach Karibib zurückberufen, von wo voraussichtlich morgen Vormarsch nach Omaruru. Bahn bis Windhut wieder befahrbar; ist nach Möglichkeit in Sicherheit gebracht. Inzwischen haben sich die Hereros eines anderen besonnen; denn nach der letzten amtlichen Drahtung haben sie die Umgegend von Omaruru bereits wieder verlassen. Zweifellos ist der Vormarsch des deutschen Entschloßes die Veranlassung zu diesem Schritte gewesen. Demnach wird übrigens auch der Gouverneur Leutwein auf dem Kriegszugablage eintreffen. Er ist Montag von Port Nolloth nach Swakopmund abgereist, wo seine Ankunft dieser Tage erfolgen dürfte. — Sonntag ist von dem Kommandanten des „Habicht“ folgende Verlufliste nach der letzten Zusammenstellung telegraphisch übermittelt worden: Gefallen: Karl Engbart, Gefreiter Troelsch, Leutnant Bohlen, Gefreiter Pilot, Gefreiter Rudolf, Reiter Gernwinck, Unteroffizier Bach, Reiter Weiß, Lokomotivführer Zacker, Militär Rod, Schlichter, Freiwilliger Jossat, Pietro, Feldwebel Rahnel, die Reservisten Grundmann, Jellige, Unteroffizier Holtler, die Reiter Kadete, Fischer, Dormschke, Sergeant Blohm, Unteroffizier Gaff, Reiter Nordbruch, Tierarzt Kämpf, Freiwilliger Stokamp, Ganshorn. Ermordet: Hermann Koszarsky, Richard Lausendfreund mit Sohn, Farmer Max Vorberg, Moritz Pilet, Ferdinand Dames, Ernst Blohm, Eduard Güber, Regimentschef Rosenhauer und Hadelberg, Legationsrat Hoepner und Watermeyer, Farmer Lange mit Kind in Kl. Barmen, Kaufmann Dieckmann mit Frau und Kind, Bar Uag, Farmer Lange in Enchivier, Ernst Ug mit Frau, Diamantenschleifer, Händler Runke, Assistent Bremen und Luz, Assistent Peters, Hermann Uthhorn in Kriesheim, Farmer Müller und Erding, Händler Rosenhauer, Bertermann, Garweier und Kiese, Farmer Zimmermann, Biermann, Koczrowsky, Hubner, Graefe, Schanwecker, Streckenwarter Lehmann, Händler Reiter, Frau des Farmers Müller, Rosewiler, Josef, Max Schroeder, v. Falkenhausen, Händler Kuebel. Außerdem 51 Vermißt. Zählt man hierzu die Verlebten in dem Gefechte bei Omaruru, die in dem ersten Telegramm angeführt sind, so ergibt sich bisher ein Gesamtverlust von 32 Gefallenen und 47 Ermordeten, zusammen 79, zu denen noch 58 Vermißt kommen, die man wohl auch zu den Toten wird rechnen müssen.

**kleine politische Nachrichten.** Die Herzogin von Sagan in M. = Labbach ist beendet. Sämtliche 63 Krankenkassen der Stadt stimmten einem Verträge zu, nach welchem am 1. April d. J. die freie Arztwahl und ein Pauschalpaß von 4 Mark pro Kopf des Kassenmitgliedes eingeführt werden soll. Diejenigen Krankenkassen, welche die Bezahlung nach Einzelleistungen vorziehen, sollen 80 Pfg. pro Konsultation und 120 Mark für den Besuch zahlen. Außerdem wurde ein Schiedsgericht für etwaige Streitigkeiten eingesetzt. — Die Pariser Zeitschrift „Le Miroir“ ist nach zweimaliger Verurteilung binnen Jahresfrist für Deutschland auf die Dauer von zwei Jahren verboten worden. Ein derartiges Verbot ist gegen die betr. illustrierte Zeitschrift, die sich besonders in Karikaturen von Wilhelm II. gefällt, schon mehrfach erfolgt. Auch diesmal wird sich das Verbot nur als ein Schlag ins Wasser erweisen.

## Eine Brandkatastrophe in Baltimore.

Schon wieder bringt der elektrische Draht die Kunde von einem erschütternden Massenunglück. Kaum hat sich das erste Entsetzen über die schweren Katastrophen etwas gelegt, die in Chicago und Kalesund die verderbbringende Macht des entsetzlichen Feuers so traurig illustrierten, da dringt von jenseits des Ozeans die Schreckenskunde an unser Ohr: Baltimore steht in Flammen! Seit dem großen Brande in Chicago t. J. 1871 wurde in den Ver. Staaten keine solche Feuersbrunst mehr erlebt wie diejenige, von der Baltimore heimgefuhr ist und die noch ungeschwächt fort-dauert. Sonntagvormittag brach die Feuersbrunst in dem Stadtteile aus, in dem die großen Manufakturwaren-Lagerhäuser sich befinden. Innerhalb weniger Stunden wurden ganze Teile der großen nordamerikanischen Industrie- und Hafenstadt in Schutt und Asche gelegt. Um dem weiteren Umsichgreifen des wütenden Elements zu steuern, wurden ganze Häuserreihen mittels Dynamits in Luft gesprengt, und trotzdem war es bis Montagmittag noch nicht gelungen, das Feuer zum Stillstand zu bringen. Wieviel Menschenleben diese jüngste Brandkatastrophe gefordert, steht noch nicht fest. Einweilen heißt es leider, daß acht Feuerwehrleute bei ihren Rettungsarbeiten den Tod fanden. Die Gebäude, die bis Montagmorgen zerstört wurden, bedecken schon zusammen 60 Acres Land. Der entstandene Schaden wurde auf etwa 50 Millionen Dollars geschätzt. Das Zollhaus, die Bank, das Theatergebäude, sämtliche Zeitungsdruckereien und viele Warenspäcker sind dem Feuer völlig zum Opfer gefallen. Auch das Stadthaus steht in hellen Flammen. Sonderzüge brachten die Feuerwehren von Washington, Philadelphia, New York und anderen Städten, doch alle Bemühungen gegenüber dem wütenden Feuermeer waren vergeblich, das gleich einer Flutwoge von 200 Fuß Höhe die Straßen entlang setzte, an den himmelhohen Wolkenträgern hinaufstiegt und sie gleich Streichholzstäbchen verzehrte. Montag früh 6 1/2 Uhr sprang der Wind um und trieb die Flammen an der Wasserseite der Stadt entlang, sodaß auch der südöstliche Teil der Stadt bedroht war. Eine Anzahl Polizeiposten in der Nähe von D'Annells Werft sind ebenfalls vom Feuer zerstört worden. Da keine elektrische Kraft vorhanden ist, verkehren keine Straßenbahnwagen. Viele Tonnen Dynamit wurden verwendet, um die Brücken zu sprengen und dadurch die Flammen an der Weiterverbreitung zu hindern. Der starke Wind wehte jedoch die Funken über den trennenden Zwischenraum. Man glaubte Montagnachmittag, daß das Feuer nunmehr zum Stehen gekommen sei. Ueber Washington, welches nicht allzuweit von Baltimore entfernt liegt, kommen Meldungen, wonach 30 Häusergebiete verbrannt sind. Keine einzige Morgenzeitung konnte erscheinen, da die Geschäftshäuser der drei englischen und zwei deutschen Blätter ausgebrannt sind. Schon Sonntagabend um 6 Uhr war die Hitze eine derartige, daß die Feuerwehr nicht mehr in die Nähe der brennenden Gebäude kommen konnte. Staub und Rauch waren so schlimm, daß die Rettungsmannschaften zu mehreren Dutzenden erkrankten. Bisher sind hundert verletzt, darunter auch der Brandchef, welcher unter eine stürzende Mauer geriet. Die Stadt war taghell erleuchtet, obwohl alle künstliche Beleuchtung verlagte. Die Straßen Baltimores waren von einer ziellos hin und her wogenden Menge gefüllt, welche mit Grauen sah, wie der starke, durch den Brand erzeugte Luftdruck große Feuerbrände in entlegene Stadtviertel trug und dort neue Brände erzeugte.

## Sübed und Nachbargebiete.

Dienstag, den 9. Februar.

Sinter verschlossenen Türen tagte gestern bekanntlich die hiesige Bürgerschaft. Wie es heißt, soll es sich bei derselben um den Abschluß von Kohlenlieferungen für die Gasanstalten auf 10 Jahre gehandelt haben. Dem Senat soll eine äußerst günstige Offerte in englischen Kohlen gemacht worden sein. Der Senatsantrag wurde angenommen. — War denn bei dieser Sache eine solche Heimlichkeitsregel notwendig?

Die gestrige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Stender und Meier durch Erheben von der Erde. Die Abrechnung von der Sylvesterfeier ergab bei einer Einnahme von 508,80 Mark und einer Ausgabe von 251 Mark einen Ueberschuß von 257,80 Mark. Sodann erhielt Genosse Schwarz das Wort zu seinem Vortrage „Reichstag und Sozialdemokratie“. Redner schilderte zunächst, wie sich im Reichstage alles um die Sozialdemokratie drehe, die dort trotz der entgegengegesetzten Behauptungen der bürgerlichen Presse sehr gut abgeschnitten habe. Die David'sche Rede sei ausgezeichnet gewesen. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Redner den Entwicklungsgang der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Presse und erläuterte dann schließlich u. a. auch die Ursachen des Herero-Aufstandes. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. In der Debatte gab alsdann ein mecklenburgischer Genosse dem Wünsche Ausdruck, daß die Agitation in Mecklenburg besser betrieben werde. Genosse Bartels montierte nach einer kurzen Erwiderung hierauf die Stimmenthaltung der Fraktion anlässlich der Bewilligung der Kosten zur Niederwerfung des Herero-Aufstandes. Genosse Schwarz verwies demgegenüber darauf, daß der Beschluß in einer nur schwach besuchten Fraktionsversammlung gefaßt worden sei. Manche Genossen seien mit demselben auch nicht zufrieden gewesen. Da aber eine Nachprüfung bei der Kürze der Zeit nicht mehr möglich gewesen sei, so hätten auch sie sich dem Beschlusse gefügt. Es dürfe aber auch nicht vergessen werden, daß die Frau-

tion hier infolge des schwachbesetzten Hauses das Binglein an der Wage gewesen sei. Hätte sie nun die Bewilligung und damit die Aktion zu Fall gebracht, dann wäre die Erbitterung zweifellos eine außerordentlich große gewesen. Bei Beratung des Kolonialetat's werde man sich jedoch die Regierung kaufen. Genosse Bartels hätte trotzdem lieber gesehen, daß die Fraktion fest geblieben wäre. Nach einer Erwiderung seitens des Genossen Schwarz, der betonte, daß man sich heute über die Ursachen des Aufstandes noch nicht klar sei, wurde dieser Punkt verlassen. — Dem Vorschlage des Vorstandes gemäß wurde beschlossen, am 18. März eine öffentliche Versammlung, wenn möglich, mit einem auswärtigen Referenten abzuhalten. Hierzu soll ein Eintrittsgeld von 10 Pfg. erhoben werden. Ferner fand ein weiterer Vorschlag Annahme, am 12. Juni im Vereinshaus eine Festlichkeit zu Ehren der an diesem Tage hier weilenden Mitglieder der Liedertafel „Freue“ in Elbe bei Hamburg bei freiem Entree für Bektere zu veranstalten.

Zur Frage der Lohnneubehaltung. Am 8. Oktober v. J. fand hier unter dem Vorst. des stellvertretenden Gewerbegericht's, Herrn Amtsrichter Dr. Meyer, eine Gewerbegericht'ssitzung statt, die in Anknüpfung an eine Klagefrage in den Gründen folgendes ausführte:

Das Gewerbegericht habe prinzipiell die Frage er-wogen, in welcher Weise sich der Arbeitgeber bei Schadens-erfahrungen schablos halten könne. Im Einklang mit Entscheidungen des Reichsgerichts und des Sanheatis-chen Oberlandesgerichts müsse es sich nun auf den Standpunkt stellen, daß der Lohn grundsätzlich nicht nur nicht aufgerechnet werden könne, sondern daß auch ein Zurückbehaltungsrecht an demselben unzulässig sei. Das moderne Recht gehe von der Auffassung aus, daß von dem verdienten Lohn, der zum Leben des Arbeiters unbedeutend notwendig sei, nichts gekürzt werden dürfe. Der einzige Ausweg sei für den Arbeitgeber der, daß ver-tragsmäßig von dem verdienten Lohn ein geringer Teil als Kaution zurückbehalten würde. Diese, in den Hän-den der Arbeitgeber verbleibende Kaution könnte dann bei Auflösung des Verhältnisses zur Aufrechnung für etwaigen vom Arbeiter verursachten Schaden ge-langen.

Aktuell konnte diese Frage erst werden, wenn der Ver-such gemacht wurde, diesen vom Gewerbegerichtsvorsitzen-den gegebenen Rat in die Praxis umzusetzen. Dies ist jetzt in einem hiesigen Betrieb der Metall-Industrie ge-schehen; es dürfte daher wohl angebracht erscheinen, diese Frage einer näheren Erörterung zu unterziehen, zur speziellen Würdigung seitens der Gewerbegericht'sbesitzer.

Zunächst sei darauf verwiesen, daß die im Urteil aus-gesprochenen Gründe sich selbst widersprechen. Einmal heißt es: „Der verdiente Lohn, der zum Leben des Arbeiters unbedingt erforderlich ist, dürfe nicht gekürzt werden“ und andererseits wird dann ausgesührt: „Der einzige Ausweg sei, vertragsmäßig einen Teil des Lohnes als Kaution einzubehalten.“ — Allerdings liegt ein solcher Widerspruch zum Teil in den gesetzlichen Bestimmungen begründet, nichtdestoweniger sollte ein juristisch gebildeter Beamter sich hüten, zwei derartige, sich widersprechende Sätze hinter einander folgen zu lassen.

Zur Sache selbst sei zunächst bemerkt, daß nur der § 119 der Gewerbe-Ordnung von Lohnneubehaltungen (Kauttionen) redet, jedoch, und dies ist das wesentlichste, nur in der ganz beschränkten Weise, daß lediglich für den Schaden, der aus der wider rechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses entsteht, solche Lohn-neubehaltungen zulässig sind. — Also ist eine Kaution nur im letzteren Falle zulässig, nicht aber zu dem vom Gewerbe-gericht angeführten Zweck, da eine Kündigung in den hiesigen Fabriken der Metall-Industrie nicht üblich ist. Somit erübrigt es sich wohl, noch des Weiteren näher dar-auf einzugehen.

Eine andere Frage ist nun die: Haftet der Ar-beiter für verursachten Schaden? Herr Dr. Brenner, der Vorsitzende des Gewerbegericht's in Mün-chen (also ein Mann der Praxis) beantwortet diese Frage in dem von ihm herausgegebenen Leitfaden für Arbeit-geber- und Arbeitnehmer, heitelt: „Der gemerbliche Arbeitsvertrag“, dahin: „Nur so weit er vorsätzlich oder fahrlässig handelt.“ „Soweit nun“, heißt es weiter, „der Arbeiter für den Schaden haftet, muß er im Weigerungsfall auf Schadenersatz verklagt werden.“ Auch Herr Dr. Luppe, Frankfurt a. M. be-spricht diese Frage in der Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbe-gerichte und zwar in Nr. 7 des Jahr-gang 1903. Derselbe beantwortet die Frage an der Hand der vom Frankfurter Gewerbegericht geübten Praxis dahin, daß ein etwaiger Schadenersatz an sich eine selbständige Forderung sei, die mit der Leistung des Arbeiters und der Gegenleistung des Arbeitgebers nichts zu tun hat. Wegen dieser selbständigen Forderung wird ihm keine Befrie-digung aus dem Lohn gestattet, sondern er wird an denselben Weg verwiesen, wie alle anderen Gläubiger des Arbeiters. Der regelmäßigen Frage der Arbeitgeber, wenn man ihnen das Aufrechnungsverbot vorklärt: „Woran soll ich mich denn sonst halten?“ ist demnach entgegenzuhalten, daß auch jeder andere Gläubiger des Arbeiters sich nicht an den Lohn halten kann, es liegt auch kein Grund vor, den Arbeitgeber günstiger zu stellen wie jeden anderen Ge-werbetreibenden oder Privatmann. Herr Dr. Luppe schließt seine, von einem objektiven Standpunkt zeugenden Ausführungen: „Uebrigens scheinen auch die Arbeitgeber sich mehr und mehr mit dem Aufrechnungsverbot abzu-finden. Jedenfalls spricht dafür sehr die Tatsache, daß die Kautionsstellung gemäß § 119 der Gewerbeordnung hier in keinem Betrieb neu eingeführt wurde, sondern nach wie vor nur bei den Bäckern und Metzgeren üblich ist.“ — Also in den zurückgebliebenen Gewerben ist das üblich, was einem lübschen Gewerbegericht als zweckdienlich zur Unter-stützung und Hebung lübscher Industrie erscheint.

Einfache Vernunftgründe sprechen schon bedenklich da-gegen, daß zum Zwecke der Schadenshaltung des Arbeit-gebers für den vom Arbeiter verursachten Schaden eine solche Kaution erlaubt sei. Das sei an einem Beispiel er-läutert: Aus der Dieberei wird ein Gußstück geliefert, welches, ehe es der Schlosser erhält, den Anreißer, den Hobler, den Dreher und den Fräser passieren muß, welche alle einen Teil Arbeit an dem betreffenden Arbeitsprodukt zu verrichten haben. Nachdem nun der Schlosser vielleicht bereits zwei Tage darauf gearbeitet hat, bemerkt er beim Probieren, daß an einer bestimmten dünnwandigen Stelle ein Sprung ist, der das Stück für seinen Zweck unbrauch-bar macht. Soviel sich feststellen läßt, ist es beim Schlosser nicht entstanden. Die befragten Fräser, Hobler, Dreher und Anreißer geben alle an, nichts bemerkt zu haben, ebenso der Schlosser, der den Fehler erst beim Probieren bemerkt hat. Ist nun eine Kaution einbehalten worden, so ist es zweifellos, daß dieser Schaden gedeckt werden muß; aber wer trägt denselben? Günstigenfalls alle ge-meinschaftlich, vielleicht auch derjenige, bei dem es entdeckt wurde, allein. Beides ist angennommenerweise nicht ge-recht, weil der Sprung, ohne bemerkt zu werden, beim Transport zur Maschinenfabrik entstand.

Ein solcher oder sehr ähnlicher Fall ist die Regel des

praktischen Lebens und da sollte der Gesetzgeber gewollt haben, daß der Geschädigte zugleich auch Richter und Voll-strecker sei, daß ihm eine Kaution in die Hand gegeben worden ist, um solche Ungerechtigkeiten auszuführen zu können? Das ist wohl kaum anzunehmen. Zweifellos wird wohl jeder der Auffassung zustimmen, die der vor-gerannte Herr Dr. Brenner in seiner Schrift vertritt, daß nämlich der Arbeitgeber, wenn er zu seinem Gelde kommen will, den Arbeiter auf Schadenersatz verklagen muß.

Das ist die Konsequenz der Bestimmungen der Ge-werbeordnung, sowie des Lohnbeschlagnahme-Gesetzes. Und das scheint auch trotz des Erkenntnisses des hiesigen Gewerbegericht's die Absicht des Gesetzgebers gewesen zu sein.

Beim Arbeitsnachweis der Innung „Bauhütte“ melbete sich im Januar arbeitslos: 482 Arbeiter, 168 Maurer, 129 Zimmerer und 21 Tischler. Davon konnte Arbeit nachgewiesen werden: 42 Arbeitern, 34 Maurern, 29 Zimmerern und 5 Tischlern. Von diesen standen im Alter bis zu 21 Jahren 11, bis zu 30 Jahren 26, bis zu 40 Jahren 35, bis zu 50 Jahren 19, bis zu 60 Jahren 16 und bis zu 70 Jahren 3. Unter den Eingestellten befand sich kein Fremder. — Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit im Januar im Baugewerbe ins-folge der Witterung noch eine ziemlich flauere war. Hoffent-lich weist der laufende Monat günstigere Zahlen auf.

Arbeitererfahrungen. Der bei Gussmann u. Jürgens be-schäftigte Arbeiter W. Drens verunglückte gestern Morgen beim Stellungsbauen dadurch, daß er vom Posten fiel und dabei mit dem Rücken auf den Schienenstrang schlug. Nachdem er sich etwas erholt hatte, konnte er sich nach Hause begeben.

Ein kleines Schadenfeuer kam gestern Nachmittag in der Kellerwohnung des Hauses N. Burgstraße 18 a zum Ausbruch. Dort hatten Kinder in einem unbewachten Augenblick in der Küche Spähne in Brand gesteckt. Glück-licherweise konnte das Feuer gelöscht werden, ehe es wei-teren Schaden anrichtete.

Auskunft kann nach einer Befragung des Polizei-amts bis auf weiteres auf dem unterhalb des St. Johannis-Jungfrauenklosters zwischen Fleischhauer- und Johannis-straße belegenen Terrain abgeladen werden.

pb. Quäle nie ein Tier zum Scherz. Gegen einen hiesigen Schlächter, der einen Jagdhund vorsätzlich mit siedendem Wasser begoß, wurde Anzeige wegen Tier-quälerei erstattet.

pb. Bedrohung. Gegen einen hiesigen Schuhmacher wurde seitens seiner Ehefrau Anzeige wegen Bedrohung erstattet.

pb. Auf freier Lat ertappt. Einem San der Raga-burger Allee wohnhaften Kaufmann wurden gestern nachmittag ein neuer Jacketanzug und eine neue Stamm-garnhose, die er zur Ansicht für das Publikum an dem Eingange zum Geschäft ausgehängt hatte, durch zwei un-bekannt Männer gestohlen. Dieselben wurden durch die Verfolgung sofort aufnehmende Polizeibeamte in der Ber-ion eines Arbeiters und eines Maschinenbauers aus Ham-burg, die erst am Sonnabend hier zureisten, ermittelt. Die gestohlenen Sachen wurden den Dieben wieder abgenom-men und dem Eigentümer zurückgegeben. Einer der Er-mittelten führte 39 Stück Zigaretten, Marke „Solima“, und eine neue Schapette bei sich. Diese Sachen dürften auch aus einem hier ausgeführten Diebstahl herrühren. Der Eigentümer derselben hat sich noch nicht gemeldet. Beide Diebe wurden festgenommen.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helmman, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

m. Schwartzau. „Zur Aufklärung“ bezieht sich eine Annonce in bürgerlichen Blättern, unterzeichnet von der Firma Waap u. Christ hier selbst. Aufklären kann man u. G. nur mit — Tatsachen und Wahrheiten; da jedoch die Annonce dieser beiden Eigenschaften vollständig ent-behrt, so halten wir es für angezeigt, auf dieselbe etwas näher einzugehen. Im Laufe des letzten Sommers wurde wiederholt von den Vertretern der Arbeiter im Gemeinderat auf die Mängel der hiesigen Knochenmühle hingewiesen. Es wurde die Beschwerde erhoben, daß wiederholt Horn zur Verarbeitung gelangt sei. Man hätte denken sollen, daß der ganze Gemeinderat sich auf Seiten des Beschwerde-führers gestellt hätte. Ueber weit gefehlt! Nebenbei sei noch bemerkt, daß mehrere Herren des Gemeinderats auch Mitglieder des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs sind. Der Herr Gemeindevorsteher selbst erklärte, daß kein Verbot für die Hornverarbeitung existiere. Daß der Herr Gemeindevorsteher die Mitglieder des Gemeinderats hat täuschen wollen, ist ausgeschlossen. Man muß vielmehr annehmen, daß der Herr Gemeindevorsteher von irgend einer Seite getäuscht worden ist; denn wie wäre es sonst möglich, daß die Besitzer der hiesigen Knochenmühle gegenwärtig bei der sachsenburgischen Regierung wegen Konzession zur Hornverarbeitung vorstellig werden. Diese Angelegenheit bedarf dringend der Aufklärung. Im vorigen Sommer, während des Streiks, kauften sich die Mängel auf der Knochenmühle derart, daß sie für die nächste Umgebung unerträglich waren. Ganze Berge von Knochen lagerten wochenlang im Freien, dem Regen und der Sonnenhitze ausgesetzt. Der daraus entstehende pestilenzartige Gestank war geradezu unbeschreiblich und die Bewohner von Tremsdorf hatten während der ganzen Zeit unter einer wahren Miasmenplage zu leiden. Das wurde jedoch noch von der Hornverarbeitung übertroffen. Alle diese Mängel nennen nun die Besitzer in ihrer „Aufklärung“ haltlose Beschuldigungen. Nicht des Streiks wegen ist die Klage im Gemeinderat geführt worden, son-dern einzig, um obgenannte Mängel aus der Welt zu schaffen. Auch ist die im letzten Sommer geführte Be-schwerde nicht zurückgezogen, wie die Firma in ihrer „Auf-klärung“ behauptet, sondern sie wird heute noch aufrecht erhalten. Die Behauptung in der „Aufklärung“, daß die gepachteten Gemeindevorsteher durch die Verieselung der Ab-wässer in einer hohen Kultur stehen, klingt geradezu wie ein Hohn; sehen dieselben doch nicht aus wie Wiesen, son-dern wie Jaucheflöcher. Ganze Flächen zeigen keine Spur mehr von Narbe. Dem Pächter einer Wiesenparzelle, welche über 100 Mtr. von der Verieselungsstelle entfernt liegt, wurde von den Besitzern der Knochenmühle im Laufe des letzten Sommers für die „hohe Kultur“, die sich angeblich infolge der Verieselung entwickeln soll, eine hohe Entschädigung gezahlt. Auch wurde dem Pächter der an-grenzenden Sandparzellen für die Kulturvernichtung bereits Jahre lang von der Knochenmühle Entschädigungen ge-mährt. Alle Gemeindevorsteher, welche unterhalb der Knochenmühle liegen, haben in den letzten fünf Jahren 25—30 Prozent an Ertrag eingebüßt. Der Firma ist zu empfehlen, namentlich Herrn Christ, daß sie in Zukunft etwas mehr Entgegenkommen als bisher zeigt, wenn ein Arbeiter seine Entschädigungsansprüche oder eine Beschwerde gegen den Betrieb anzubringen hat. Hier läßt sich man-ches auf einem andern Wege regeln, als es bis jetzt ge-schehen ist. Diese Zeilen mögen zur Steuer der Wahrheit



## Politische Mundfäden.

### Deutschland.

**Ein gemäßigter Duellgegner.** Vor einiger Zeit wurde aus Sachsen über folgenden Fall berichtet: Ein Oberförster forderte seinen Diensthörgeordneten, einen Oberforstmeister, auf Pistolen, weil der Oberforstmeister ihm dienlich eine Rüge erteilt hatte, die in einer dem Oberforstmeister nicht behagenden Form ausgefallen war. Der Oberforstmeister lehnte ab. Gegen den Oberförster leitete man das Disziplinarverfahren ein, und das Disziplinargericht sprach die Dienstentlassung des Oberförsters aus. Soweit ist die Sache in Ordnung. Man aber berichtet die „Frankf. Zig.“ über ein merkwürdiges Nachspiel. Der geforderte Oberforstmeister sollte in eine andere Stadt (Marienberg) versetzt werden. Die dort wohnenden Reserveoffiziere sandten darauf eine geharnischte Eingabe an das Finanzministerium, in der sie erklärten, daß sie mit dem neuen Oberforstmeister samt und sonders nicht verkehren würden, weil er gekniffen habe. Das Finanzministerium hatte nichts Siligeres zu tun, als auf diese Eingabe hin die Versetzung des Oberforstmeisters zurückzunehmen und ihn zu pensionieren! Ein famoseres Mittel zur Ausrottung des Duellblutflusses — was?

**Kriegsminister und Zivilminister.** Eine Deputation des Deutschen Musikdirektoren-Verbandes hatte eine Audienz bei dem Kriegsminister von Einem, um wegen der Konkurrenz, die für die Zivilmusik in der Tätigkeit der Militärkapellen läge, vorstellig zu werden. Direktor Rudolph als Sprecher der Deputation sprach die Bitte um Aufhebung der Militärkapellenkonkurrenz resp. um Aufhebung der gewerblichen Tätigkeit der Militärkapellen aus. Der Kriegsminister entgegnete auf die ausführlichen Darlegungen etwa folgendes: „Ich bin mit Ihrer Angelegenheit sehr vertraut und habe die Wahrnehmung gemacht, daß tatsächlich verschiedene Stabskapellen die Konkurrenz, bis zur Schamlosigkeit getrieben haben. Ich habe bereits vor einiger Zeit Gelegenheit genommen, dem Kaiser Vortrag darüber zu halten, um die Genehmigung eines Kompensationsbeschlusses zu erhalten, durch den die Kommandeure zur strengsten Innehaltung der g. s. l. l. l. bestehenden Vorschriften erneuert angehalten werden.“ Die Militärkapellen seien angewiesen, denselben Preis innezuhalten, den die Zivilkapellen für ihre Aufträge fordern. Es sei ihm die Mitteilung über Fälle zugegangen, wo eine bezügliche Einigung mit den Stadtmusikdirektoren auf Grund der Ablehnung dieser nicht erzielt werden konnte. Zum Schluß versprach der Minister, die einzelnen Beschwerden eingehend zu prüfen und die Wünsche des Deutschen Musikdirektoren-Verbandes nach Möglichkeit zu erfüllen. Soffentlich bleibt es nicht nur bei den Worten.

**Eine abgeschaffte Menschenklasse.** Der bayrische Eisenbahnrat hat sich mit dem Vorschlag der bayrischen Staatsbahnenverwaltung einverstanden erklärt, wonach vom 1. Mai dieses Jahres ab die erste Wagenklasse bei sämtlichen Personenzügen aufgehoben wird, soweit nicht besondere Verhältnisse Ausnahmen erforderlich machen. — Die besonderen Verhältnisse sind wohl die „bayrischen Magnaten“, die Turn und Logis, Jucker, Zucker usw., denen man nicht zumuten will, zweiter Klasse zu fahren. Im großen ganzen aber würden für den bayrischen Bahnmenschen vom 1. Mai ab nur noch zwei Menschenarten existieren, solche zweiter und dritter Klasse. Der preussische Bahnmensch hat immer noch mit vier Menschenarten zu rechnen, zu denen sich als oberste Spezies des menschlichen Säugetieres noch die Klasse der Extrazugsfahrer gesellt.

**Wie der Staat sich seinen Pflichten zu entziehen sucht,** zeigt ein Fall, der der „Leipz. Volksztg.“ aus Mannheim gemeldet wird: Der Schuhmacher Schmidt hatte eine kleine Gefängnisstrafe abzumachen, die er am 10. August v. J. im Amtsgefängnis in Karlsruhe antrat. Schmidt kam

auf die Schusterwerkstatt, obwohl vom Arzt verordnet war, den an Asthma leidenden Mann im Freien zu beschäftigen. Am dritten Tage hatte Schmidt für die Frau des Gefängnisinspektors ein paar Socken zu nähen, wobei er das Unglück hatte, sich mit der Nadel ins Auge zu stechen. Nach der Augenklappe verbracht, verblieb er dort bis zum 17. Oktober. Das Auge war vollständig erblindet. Als nun Schmidt nach seiner Entlassung wieder arbeiten wollte, gingen beide Augen an zu tränen. Er wandte sich an den Staat um Zuweisung eines Arztes, wurde jedoch überall abgewiesen. Am 12. Dezember mußte das Auge, um schlimmere Folgen zu verhüten, ganz entfernt werden. Schmidt ist seit seiner Entlassung arbeitsunfähig und der größten Not preisgegeben. Eine von Schmidt an das Ministerium gerichtete Bitte um Unterstützung wurde mit dem kurzen Bescheide abgewiesen, daß das Ministerium in seiner Sache nichts tun könne. Der Mann ist also verurteilt, am Hungerstich zu nagen, bis es der babilischen Regierung einfällt, ihren Pflichten nachzukommen. So sieht es in der von „Gott gewollten“ Weltordnung aus!

**Ein empfindlich bestrafte militärisches Schenkal.** Der Gefreite Freytag vom Husarenregiment in Grimma, der von einem Dienstpferd im Stall geschlagen wurde, prügelte das Pferd aus Wut tot. Das Kriegsgericht in Dresden erkannte gegen ihn wegen Tierquälerei auf zehn Monate Gefängnis. — Wir finden die Strafe ganz angemessen, fürchten aber, daß ein Vorgesetzter, der einen sich zur Wehr setzenden Soldaten totpügelte, nicht 10 Monate Gefängnis, sondern vielleicht noch eine Auszeichnung bekommen würde.

### Frankreich.

**Eine Streikdebatte** gab es Freitag in der französischen Kammer. Der Nationalist Laisant richtete eine Anfrage an die Regierung über den Arbeiterausstand im Süden und warf der sozialistischen Presse vor, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufgereizt zu haben. Er wies auf mehrere von den Ausständigen begangenen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten hin und verlangte den Schutz der Behörden für die Arbeitgeber. Der Ministerpräsident Combes erwiderte, aus den amtlichen Berichten gehe hervor, daß der Ausstand sich in gesetzmäßigen Schranken gehalten habe und ein so friedlicher gewesen sei, wie ein Ausstand sein könne. Allerdings hätten sich einige bedauerliche Vorkommnisse ereignet. So habe ein Arbeiter zwei Ausständige durch Revolverschläge verletzt und er müsse dem Justizminister sein Erstaunen darüber aussprechen, daß dieser Arbeitgeber nicht festgenommen worden ist. (Beifall und Zwischenrufe.) Combes erklärte nochmals, der Ausstand sei friedlich verlaufen; die Regierung und die Behörden hätten ihre Pflicht getan. (Beifall.) Die Kammer nahm darauf mit 343 gegen 200 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt wurden. — Wie so ganz anders hätte sich diese Debatte im deutschen Reichstag abgepielt! Hier hätte sich sicherlich kein einziger Regierungsvertreter gefunden, der die Arbeiter verteidigt und die Sünden der Unternehmer aufgedeckt hätte. Dafür marschiert aber auch Deutschland an der Spitze der Sozialreform!

### Afrika.

**Die Lage in den ehemaligen südafrikanischen Freistaaten** schildert ein von einem 10 Jahre in Johannesburg lebenden Deutschen am 4. Januar 1904 geschriebener Brief an einen nun in Deutschland sich aufhaltenden Buren. Der Brief lautet nach der „Leipz. Volksztg.“: „Lieber Freund! . . . Du kannst froh sein, daß Du zurzeit in Deutschland bist, denn hier ist es sehr schlecht, aber hoffentlich bleibt es nicht mehr lange so. Denn die Erregung des Volkes ist jetzt zum höchsten Punkt gekommen. Ob Dur, ob

Deutscher, oder Brite, das ist ganz gleich, alle sind unzufrieden, auch die, die früher mit den Briten sympathisiert haben. Es sind allein in Johannesburg rund 12000 Leute ohne Arbeit und können keine Arbeit bekommen, und wenn sie für 5 Schilling arbeiten wollen. Tausende und Tausende von Arbeitern, ohne Brot und Wohnung, übernachten jeden Tag hier im Zouberispart im Freien, Männer, Frauen und Kinder. Nun kannst Du Dir denken, daß es jeden Tag zum Einbruch und Raubanzug kommt, besonders wegen Lebensmitteln. Vor 14 Tagen brachen zehn Kaffern mit Revolvern bei Drangs Grum in fünf Farmen ein, und bei einer Farm überfielen sie sogar die Frau und alle vergewaltigten die Frau. Natürlich kannst Du Dir denken, daß die Frau gestorben ist. Alle wünschen sie sich unsern Paul (der ehemalige Präsident Paul Krüger, D. R.) wieder, aber die verfluchten Muthunde geben das Land nicht zurück, bis wir wieder mit Gewehr in der Hand sie herausstreiben, denn diesmal kommen sie sicher heraus.“ Den folgenden Teil können wir aus gewissen Gründen nicht abdrucken, er kennzeichnet aber so recht die Stimmung dieses um seine politische Freiheit gekämpften Volks. Alsdann erzählt der Briefschreiber: „Da kommt jetzt immer zu mir ein Sergeant-Major von den Engländern, den hatte ich seinerzeit gefangen mit 22 Mann und nachher fing er mich. Er sagt immer, der „Bader“ hat es mir schwer gemacht, der stürmt mit 12 Mann in unsere Position, wo ich mit 22 Mann lag, schießt zwei tot und verwundet einen, und nimmt uns gefangen, und zieht uns alle unsere Kleider aus, und gibt uns die Lumpigen von seinen Leuten. Wir haben von Euch schwere Schläge bekommen, aber das ist jetzt vergessen. Wir kämpfen jetzt zusammen und schlagen die Rot Neck (die englischen Rottröde) wieder raus und machen einen vereinigten Südafrika-Staat. Du machst Dir keinen Begriff von dem tiefen, blutigen Haß im Volk gegen die Engländer. Die Besitzenden weniger, denn nach deren Geschmack ist ja der neue englische Staat eingerichtet, und besonders die Arbeiter werden schwer gebrüht. Ich muß jetzt schließen und . . .“ — Dieser Brief gibt ein wesentlich andres Bild, als die „Situationsberichte“ bürgerlicher Blätter, die bis jetzt zur Kenntnis gelangt sind und der dicke Eduard wird noch sein liebes Kreuz haben mit seinen neuen Untertanen. Andererseits ist der Brief auch eine Warnung für Auswanderer nach Südafrika; solchen geht es, wie ein früherer Brief sagte, herzlich schlecht. Aus guter Quelle erfährt unser Leipziger Parteiorgan noch, daß eine neue Erhebung in Südafrika bereits beschlossene Sache ist. Die erforderlichen Waffen nebst Munition sind schon eingeschmuggelt und in Sicherheit. Man warte nur auf eine günstige Gelegenheit, um loszuschlagen.

### Vereinigten Staaten.

**Gegen die redseligen Offiziere.** Im Senat verlangte der demokratische Führer Goran entschieden eine Verringerung des Militäretats wegen der Redseligkeit der Offiziere. Er wies dabei auf Neuerungen des Generals Mac Arthur betreffs eines Krieges mit Deutschland hin.

### Amerika.

**Der Aufstand in San Domingo** hat zu einer gemeinsamen deutsch-amerikanischen Aktion geführt. Darüber wird dem „B. L.“ gemeldet: Der deutsche Konsul v. Krofzig ersuchte den amerikanischen Geschäftsträger Powell, der außerhalb der Stadt wohnenden Familie Wormann die Ueberführung nach der Hauptstadt zu ermöglichen, da die Insurgenten Wormann aufgefordert hätten, sich binnen 48 Stunden zu entfernen oder die Folgen zu tragen. Powell kommandierte 60 Mann des Kreuzers „Columbia“ und benachrichtigte die Regierung von San Domingo, daß er und der deutsche Konsul beabsichtigten, die Familie in die Stadt zu geleiten. Er ersuchte, nicht zu schießen, da sie sich sonst zu helfen wissen würden. Außer-

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

49 Fortsetzung.

„So?“ sagte jetzt Herr Semmlin, aufmerksam werdend, indem er sich emporrichtete, die Feder fortlegte und die Brille abnahm. „Das wäre ja recht hübsch, und da wird er sich meinswegen wieder einen Arm voll holen wollen!“

„Ja,“ sagte der Junge verduht, „ich glaube, Sie wollten es nicht leiden.“

„Nein, Caspar,“ erwiderte Herr Semmlin, indem er rasch seinen Schlafrock aus und seinen Rock anzog, „das wollen wir auch nicht, aber zuseh'n, ob wir den Patron erwischen können. Wo hast Du ihn gesehen?“

„Ich stand am Brunn,“ sagte der Junge, „hatte aber noch nicht gepumpt.“

„Wie gewöhnlich — Du träumst immer.“

„Und da fuhr auf einmal die dunkle Gestalt an mir vorüber und den Gang hinter, wo hinten im Schuppen das Süßholz liegt.“

„Zwischen den Gärten und dem Hause durch, wie?“

„Ja gewiß, das hab' ich deutlich gesehen.“

„Und wo glaubst Du denn, daß er meinswegen hingeflüchten ist?“

„Ja, das weiß ich nicht, Herr Hofapotheker,“ sagte der Lehrling; „ich drückte mich nur gleich wieder in's Haus zurück, um es Ihnen zu sagen.“

„Bravo,“ nickte Herr Semmlin, „dann haben wir ihn auch — wo ist der Hausknecht?“

„Er streicht Pflaster in der Apotheke.“

„Er soll gleich das Haustor zuschließen, und die Hoflär wird auch von innen verriegelt; der erste Provvisor soll einmal zu mir herüberkommen. Du bleibst in der Apotheke, wenn etwas gebraucht werden sollte.“

Die Anordnungen waren bald getroffen, denn Semmlin

betrieb die Sache außerordentlich praktisch. Befand sich wirklich ein Dieb im Hofraum, so war er jetzt gründlich abgesperrt und mußte sich auf Gnade oder Ungnade ergeben. Dann ging es an die unmittelbare Untersuchung, und die unternahm Herr Semmlin selber, und zwar mit dem großen stählernen Pflasterstreicher in der Hand, der allerdings keine Spitze hatte, aber doch wie ein großes Dolchmesser aussah und Effekt machen konnte. Mit sich aber nahm er den ersten Provvisor, einen noch jungen, kräftigen und sehr gewandten Mann, der, mit einer ziemlich wuchtigen Würfelfeule in der Hand, allerdings ein gefährlicher Gegner schien.

Der Hofraum selber war nur schmal, da der Garten den größten Teil des freien Raumes einnahm. Rechts an dem Garten hin aber führte der schmale Weg, von dem der Lehrling vorher gesprochen, zu den jetzt freilich nicht benutzten Ställen und einigen Kellern, in welchen Herr Semmlin allerhand Chemikalien und sonstige Warenvorräte liegen hatte. Von dort heraus war ihm nun allerdings, und zwar zu verschiedenen Zeiten, Einiges geholfen worden, und man hatte schon gefürchtet, daß es ein Hausdieb sei, gegen den man sich natürlich nur so viel schwerer schätzen kann. Jetzt schien sich aber doch das Gegenteil heraus zu stellen, und mit verschlossenem Hofstor, an dem der Hausknecht stand, war an ein Entrinnen des Diebes nicht zu denken.

In dem schmalen Hofgange zeigte sich übrigens nichts Lebendes, und es befand sich auch kein Platz dort, an dem sich ein Mensch hätte verstecken können. Ebenso fanden sich auch die Türen noch alle fest verschlossen, selbst die Vorhängeschlösser davor; also war noch nicht einmal ein Versuch gemacht worden, dort einzudringen, und im Innern konnte sich eben so wenig jemand befinden. Es blieb deshalb keine andere Möglichkeit, als daß sich der Eingeklinkene, als er vielleicht das Geräusch gehört, in den Garten geflüchtet und dort Schutz gesucht habe — in dieser Jahreszeit aber immer noch ein schwieriges Stück Arbeit. Nur in einer der Lauben

konnte er stecken, und Herr Semmlin begann auch ohne Weiteres die Visitation, die nicht lange ohne Erfolg bleiben sollte.

Schon in der zweiten Laube — die erste gehörte zu Herrn Semmlin's Garten — bewegte sich eine Gestalt.

„Halt, oder ich schieße!“ rief der Hofapotheker und streckte seinen Pflasterstreicher vor.

„Herr Semmlin,“ sagte aber als Antwort eine halb unterdrückte Stimme, ohne deshalb besondere Furcht zu veratzen — „auf ein Wort!“

„Auf ein Wort?“ rief der Hausbesitzer mißtrauisch. „Wer sind Sie und was machen Sie hier?“

„Bitte, kommen Sie mal herein!“

„Daß ich meinswegen ein Esel wäre!“ sagte Herr Semmlin. „Für wie dumm halten Sie mich eigentlich? Kommen Sie heraus, oder ich rufe die Polizei!“

„Um Sie mir den einzigen Gefallen und machen Sie keinen Skandal,“ sagte der Ertrappte wieder, der sich aber noch immer im Schatten hielt — „ich bin ein Bekannter von Ihnen und kein Dieb — ich will Ihnen Alles erklären; hören Sie mich nur ruhig an und schicken Sie die Leute fort.“

„Das wollen wir denn doch vor der Hand bleiben lassen,“ sagte der Apotheker, welcher der Sache noch immer nicht recht traute, aber auch keine besondere Furcht mehr verspürte. Es schien nur ein einzelner Mensch, und fort hätte er doch nicht gekommt, wenn er ihn selber auch über den Haufen rannte. „Und kein Dieb“, sagte der Ertrappte — also vielleicht eine Liebesintrigue? Nun, das wollte er bald herausbekommen und jedenfalls klar in der Sache sehen. Er mußte wissen, was in seinem eigenen Hause vorging, und solche „Guschenscheleien“, wie er es nannte, paßten ihm überhaupt nicht. Herr Semmlin hielt den Pflasterstreicher, den er mitgenommen, noch immer fest in der Hand und überlegte sich rasch, wie er hier am besten handeln könne. Eine Liebesintrigue war möglich, er hatte eine Anzahl jung,

hast der Stadtmauern, wo die Insurgenten alles geplündert haben, marschierte der Trupp unter der Deckung der Geschütze der „Columbia“ und gelangte schließlich ohne Zwischenfall in die Stadt.

### Soziales und Partielleben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Lohnbewegung der Berliner Einseher hat bereits mit einem vollem Erfolg der Arbeiter gedeut. Sämtliche Firmen haben den Lohnantrag bewilligt. — Auf einem Schachte der Westböhmischen Bergbaugesellschaft ist nach einer Meldung aus Prag neuerdings wegen unbewilligter Lohn-erhöhung ein Streik ausgebrochen. — Die Diamantarbeiter Antwerpen haben am Donnerstag auf Vorschlag des Hauptvorstandes ihres Verbandes mit 1820 gegen 138 Stimmen beschlossen, auf ihren Forderungen zu beharren und dies den Arbeitgebern mitzuteilen als Antwort auf ihre Vorschläge. — Die Angestellten der Pariser Omban befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Ihre Beschwerden richten sich besonders gegen die Dienstzeit, welche durch Mittelstellung mit Unterbrechungen die Angestellten 15 bis 16 Stunden an den Betrieb festsetzt. Sie fordern die Einführung der zehnstündigen Dienstzeit mit höchstens einer Unterbrechung, die im Maximum drei Stunden währen darf, so daß die Angestellten im Höchstfall 13 Stunden an den Dienst gefestet bleiben. Außerdem verlangen sie die Auszahlung der von ihnen eingezahlten Pensionsgelder. Es haben Einigungsverhandlungen vor dem Friedensrichter stattgefunden, und hat eine Deputation der Streikenden beim Minister für öffentliche Arbeiten vorgesprochen; der letztere meinte nicht intervenieren zu können.

**Die Forderungen der Nürnberger städtischen Arbeiter.** Die „freisinnige“ Stadtverwaltung in Nürnberg hat in der letzten Zeit wiederholt Gesuche ihrer Arbeiter um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgewiesen oder nur zu einem winzigen Teile berücksichtigt, weshalb jetzt in einer massenhaft besetzten Versammlung dieser Arbeiter beschlossen wurde, folgende Forderungen an den Magistrat zu richten: Einführung von Wochenlöhnen im Mindestmaß von 21 und im Höchstmaß von 30 Mk.; Gewährung eines Zuschusses zum Krankengeld in Krankheitsfällen und bei Unfällen; Bezahlung der Ueberstunden mit 25. der Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit mit 50 Proz. Zuschlag; Einführung von Lohnskalen nach dem Dienstalter, um der Willkür und Bevorzugung durch Betriebsleiter oder Vorarbeiter vorzubeugen; Bezahlung der auf Wochentage fallenden Feiertage; Einführung der neunstündigen Arbeitszeit einschließlich der Pausen. Im Gas- und Wasserwerk und ähnlichen Unternehmungen mit ununterbrochenem Betrieb ist das Dreisichtensystem, d. h. der achtstündige Arbeitstag einzuführen. Die Mittagepause soll 1 1/2 Stunden betragen. Jede Woche ist den Arbeitern eine ununterbrochene 36stündige Ruhepause zu gewähren, die, soweit es die Verhältnisse gestatten, möglichst den Sonntag mit umfassen soll. Einführung von Arbeitsordnungen, die das ganze Arbeitsverhältnis noch allen Seiten regeln sollen. Errichtung von Arbeiterausschüssen mit sehr weitgehendem Verwaltungsrecht. Krankheit soll nicht zur Entlassung berechtigen, sondern die Entlassung sollen nur ihrer Genesung wieder eingestellt werden. Ist der Zustand des Wiederhergestellten derart, daß er die frühere Arbeit nicht mehr leisten kann, so ist ihm eine leichtere Arbeit anzuweisen. Nach einjähriger Dienstzeit ist für alle Arbeiter eine vierwöchige Kündigungsfrist festzusetzen. Den städtischen städtischen Arbeitern soll ferner Gelegenheit geboten werden, die städtischen Bäder mietlos zu benutzen. Endlich wird noch verlangt daß bei Entlassungen die zur Versorgungskasse bezahlten Beiträge zurück-erstattet werden.

**Zu den Düsseldorf'schen Streitigkeiten** veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Beschluß der Kontrollkommission, wonach Windhoff aus der Partei auszuscheiden ist. Das Schiedsgericht hatte gleichfalls Windhoff's Schuld bejaht, jedoch zu seiner Gunsten angenommen, daß er sich zur fraglichen Zeit in einem Zustand hochgradiger Erregung befunden habe. Die Kontrollkommission dagegen ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß Windhoff sich keiner Handlungswiese bewußt war, und hat deshalb auf Ausschluss erkannt.

**Die beleidigte Staatsbahn.** Gerolf Dnewell von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wird vom Dresdener Landgericht wegen Beleidigung der Generaldirektion der Danziger Eisenbahn — aber die gnädigen Fräulein von Altingerbach — das war nicht denkbar. Also vielleicht — hm — mit irgend welchem Diensthaken; jedenfalls jedoch ihm die Sache ganz unangenehm. Er wieder aber doch seinen Oberprovisor heranzu, um etwas Bist bei der Hand zu bleiben, und dann, den Pfaffenrichter etwas vorgehalten, trat er in das Dunkel der Lande hinaus.

„Und was haben wir hier?“ sagte er, als er sich un-mittelbar vor der bankalen Schrift sah, „was ich bitten darf.“

„Mein lieber Herr Hofapotheker“, riefen die Stimme, „ich bitte Sie recht freundlich, Ihre Leute fortzuschicken. Denn Sie verstehen, daß Ihr Eigentum in keiner Gefahr ist, ich habe nicht die geringsten Absichten darauf.“

„Sich“, sagte Herr Semmelin, „aber dann muß ich doch meinswegen erst gehen, mit wem ich es hier zu tun habe, denn in der Stadtverwaltung kann man kein Geschäft er-lernen.“

„Sich bin Offizier.“

„Aber nein, aber auch nicht; wenn ich nicht den Namen hier und die Stimme erkenne, muß ich mich der Den-ke! meinswegen Stachel, und dann wollen wir schon sehen, wer da können stellt — Offizier kann Jeder in Danzig sein.“

„Aber, lieber Herr Hofapotheker.“

„A, wenn Sie nicht wollen — Herr Müller, bitte, kommen Sie einmal.“

„Lassen Sie — Sie können mich ja — ich habe von Wölfen — Entsetzt von Wölfen.“

„A, ich bin Sie mal an“, sagte Herr Semmelin — „A, wir ja recht angenehm, den Herrn Leutnant.“

„A, Herr Müller, es ist nicht in Ordnung, Sie können nicht hineingehen — und beschließen Sie den Jungen.“

sächsischen Staatsbahnen zu 2000 Mark oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt. Die „Arbeiterzeitung“ brachte zwei Artikel, worin der Eisenbahn Sparwut vorgeworfen wird, die auch das Bruchholzer Eisenbahnunglück zur Folge gehabt hätte. Die Verhandlung erbrachte den Beweis der „völligen Betriebsicherheit“ der sächsischen Staatsbahnen.

**Ueber die Vertretung der schweizerischen Sozialdemokratie in den Behörden** hat der Werner Universitäts-Professor Dr. Reichhergen eine zusammenfassende Darstellung veröffentlicht, nach der im Nationalrat 7 Sozialdemokraten auf 167 Mitglieder sitzen, also 4.2 Proz. ver-folgen ausmachen. In den Kantonsregierungen von Zürich, Basel und St. Gallen sitzt je ein Sozialdemo-krat auf je 7 Mitglieder, zusammen 3. In den Kantons-räten (Landtagen) von 17 Kantonen sitzen zusammen 158 sozialdemokratische Vertreter, und zwar 39 in Zürich, 22 in Basel, 20 in Neuenburg, 16 in Bern, 10 in Schaffhausen, 9 in Solothurn, 8 im Waadtland, 7 in Genf, 6 in Luzern, je 5 in St. Gallen und Zug, je 3 in Valaisland und Thur-gau, 2 in Appenzell und je 1 in Freiburg, Argau und Graubünden. Die prozentuale Stärke der sozialdemokrati-schen Vertretung in den kantonalen Parlamenten beträgt von 0.5 bis 17 Proz. in Basel. In 6 Städten sitzen 9 Sozial-demokraten in den Exekutivbehörden (Magistrat) und zwar 3 in Zürich, 2 in Winterthur und je 1 in Bern, Biel, Genf und Freiburg. In der Stadtparlamen-ten sitzen 136 sozialdemokratische Vertreter und zwar an 13 Orten in folgender Stärke: Zürich 31, Bern 25, Winter-thur 16, Biel 15, Lausanne 13, Luzern 10, Lugano 6, Genf 5, Schaffhausen 4, Solothurn 3, Freiburg und Ghr je 2. Das prozentuale Verhältnis der sozialdemokratischen Vertretung beträgt 2.5 bis 35.5. Die Gesamtzahl der so-zialdemokratischen Vertreter in den Behörden beträgt 311. Dazu kommen aber noch die Sozialdemokraten in den Ge-richtsbehörden usw. Im Lichte dieser Zahlen zeigt sich, daß die Sozialdemokratie in der Schweiz doch fortschreitend an Terrain und Einfluß gewinnt.

**Das Begräbnis Antonio Labriola's.** Donnerstag früh um 10 Uhr hat man in Rom Antonio Labriola zu Grabe getragen. Die in einem eichenen Sarg geschlossene Leiche wurde von sechs Studenten von dem Deutschen Hospital bis ins Campidoglio getragen, durch eine dichtge-drängte Menge hindurch, die ehrsüchtig den Hut zog. In großer Stille ordnete sich der Zug. Das Bahrtuch trugen Prof. Scialoja als Vertreter der Universität, Unterstaatssekretär Pinchia als Vertreter des Unterrichtsministeriums, der Abgeordnete Bischoff als Parlamentsvertreter von Cassino, dem Geburtsort Labriola's, der Abgeordnete Crebano für den Verein der italienischen Lehrer, der Abgeordnete Andrea Costa als Vertreter der italienischen Partei und Dr. Formigini als Abgeordneter der internationalen akademischen Vereinigung Corda Fratres. Neben dem Sarge gingen die Pförtner der Universität Rom mit brennenden Fackeln; es folgten der Leiche die Angehörigen und ein endloser Zug von Menschen aller Stände und aller Gesellschaftsklassen. Kränze hatten gesandt: die Universität Rom, die sozialistische Partei-leitung Italiens, die sozialistische Parlamentsfraktion, der „Avanti“, die lokale sozialistische Wochenzeitung „La Lotta“, der römische Lehrerverein u. Die römische Parteiateilung war mit der Fahne erschienen, ebenso die Gewerkschaft der Metallarbeiter, der Spätkrüger, der Krankenwärter und viele andere. Fast die ganze Redaktion des „Avanti“ nahm an dem Zuge teil, ebenso alle bekannten Parteigenossen Roms. Die sozialistische Parlamentsfraktion war vertreten durch: Bissolati, Ferri, Berzini, Gatti, Lolli, Rondani und Morgani; auch gegen 50 Abgeordnete anderer Parteien gaben Labriola das Geleit. Zuerst nahm der Unterstaats- sekretär Pinchia das Wort, der den Verstorbenen als Vor-läufer und Kämpfer auf dem Gebiete des Gedankens feierte und sagte, daß alle Guten und Rechtshaffenen an seiner Bahre trauern. Nach ihm sprachen Professor Crebano, der Student Formigini, die Privatdozenten Formigini und Djano. Als letzter ergriff außer Andrea Costa das Wort. Sichlich bewegt und mit untrüger Stimme brachte er den Gruß der Sozialisten Italiens, der Sozialisten aller Länder dar der Leiche Antonio Labriola's, des Denkers, des Meisters, des Kämpfers, in dessen Lehrsaal Schlachten des Geistes geliefert wurden, die an Gewalt und Wirksamkeit denen nicht nach-siechen, die die Arbeiterschaft täglich für ihre Befreiung liefern. Eine große Saat der Gedanken, ein Urquell neuer Gefühle, neuer Begriffsverbindungen, neuer Ideale ging von ihm aus und rüttelte auf und belebte alle die jungen Leute, die ihm als Schüler zu Füßen saßen und von ihrem großen Lehrer

ausgesandt wurden als Apostel der neuen Menschheit, die sich in der unaufhaltsamen Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens vorbereitet. Dann gab Costa einen Ueberblick über das Geisteswerk Labriola's, er schilderte die Tüde, die sein Hingang in der internationalen Partei läßt und verlas das Beileids-Telegramm der deut-schen Parteileitung. Costa schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Sei zum letztenmal begrüßt, Antonio Labriola. Die Reime, die Du ausgestreut hast, werden auf-gehen in tausendfältiger Ernte. Das neue Geschlecht, das von Dir gelernt hat, zu prüfen und zu denken, nicht dem dunklen Gefühl, sondern dem klaren Bewußtsein zu folgen, möge es von Deiner Bahre, über die der Frühlingswind weht, den Glauben, den Enthusiasmus des Frühlings fort-tragen und sich befeelen lassen von dem großen Hauch un-gerer Lehre, gütiger und besser, milder und entschlossener die Arbeit aufnehmen, der Du entriffen wurdest: die Arbeit für die Erlösung des Proletariats, für die Erlösung der Menschheit.“

### Aus Mail und Fern.

**Ueber einen Fall von Schlafsucht** wird aus Lemin (Oberschlesien) gemeldet: Ein in Schmidts Hotel in Lemin bedienstetes Mädchen von etwa 20 Jahren legte sich, nachdem es einen Kaisergeburtstagsball mitgemacht hatte, schlafen und ist bis jetzt noch nicht wieder erwacht. Alle Versuche, sie zu erwecken, sind bisher schlagversagen.

**Ueber die Darmstädter Vergiftungs-Affäre** ver-öffentlicht die „Darmstädter Btg.“ einen längeren vorläufigen Bericht von Prof. Gaffky Guxen. Danach erscheint es nach der Untersuchung der Büchsen und nach Versuchen, die mit Tieren angeestellt worden sind, hinreichend begründet, daß es sich um sogenanntes Bakterientoxin handelt. Es sei zweifellos, daß ein sogenannter anacrobater (bei Ausschluß der Luft wachsender) Keim als Krankheitserreger in Betracht kommt. Es sei ferner anzunehmen, daß die Keime in Spo-ren oder in Dauerform den Hohnen anhafteten, das Kochen der Büchsen überstanden, im Inhalt sich vermehrten und das Gift erzeugten. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

**Die Massenvergiftung in Heidelberg** besteht, wie die „Tägl. Rundschau“ von dortiger ärztlicher Seite erfährt, darin, daß sich bei einer Vereinsfeierlichkeit zahlreiche Personen durch Genuß minderwertiger Schinkenbröden den Magen gründlich verordnen haben. Die einen griff die Vergiftung wohl mehr an als die anderen, Lebensgefahr aber war in keinem Falle vorhanden.

### Bürgerrolle.

Zu libedischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen: Tischlermeister Alwardt, Zimmer-gehilfe Annh. Güterichberggehilfe Bätzer, Schlach-termeister Vahr zu Schlutup, Arbeiter Berger, Fuhrmann Bibow zu Schlutup, Versicherungsbeamter Brunkau, An-bauer Burmeister zu Poggensee, Kaufmann Castell, Zichen-lehrer am Realgymnasium Curdt, Arbeiter Damm, Feuer-wehrmann Dieß, Arbeiter Dreger, Arbeiter Drews zu Schlutup, Malergehilfe Ehlers, Fischer Fied zu Schlutup, Arbeiter Gellermann, Zimmergehilfe Gieseler, Glasermeister Grünig, Feuerwehrmann Gudehus, Händler Holtz zu Schlutup, Arbeiter Huns, Privatmann Kitzner, Schiffs-zimmermann Kröger, Färber Laurisch, Arbeiter Ludmann, Arbeiter Meerpahl zu Schlutup, Zimmergehilfe Meins, Schuhmachermeister Meiser, Arbeiter Mett, Bauinspektor Meyer, Klempnergehilfe Mödel, Fuhrmann Möller zu Schlutup, Arbeiter Möller zu Schlutup, Fischer Möller zu Schlutupbauunternehmer Nolde, Arbeiter Müller zu Trabemünde, Arbeiter Muuß zu Schlutup, Arbeiter Muuß, Arbeiter Nemann zu Schlutup, Schutzmann Otto, Oberlehrer an der Vaugewerkschule P. H. H. Arbeiter Pinkis, Bezirksschul-lehrer Piper zu Ruffe, Maurergehilfe Preßin, Arbeiter Rath, Zimmergehilfe Reichert zu Schlutup, Arbeiter Roh-weder, Schuhmacher Rüscher zu Schlutup, Revisionsaufseher bei dem Hauptzollamt Rutschke, Schlossergehilfe Saggau, Arbeiter Schmidt, Weichensteller Schmidt, Schneidermeister Schröder zu Schlutup, Privatmann Schütt, Feuerwehr-mann Selke, Arbeiter Sewe zu Schlutup, Arbeiter Steg-mann zu Schlutup, Pensionierter Schutzmann Stief, Vor-arbeiter Suelle, Lederhändler Teuteberg, Arbeiter Vagt zu Schlutup, Schleusenmeister zu Gr. Berentzin Vietzsch, Arbeiter Zäuner, Arbeiter Zarnow. Dieselben haben am 30. Januar 1904 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

„Aber, lieber Herr Hofapotheker, ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich das junge Mädchen in allen Ehren kenne — sie ist brav und unbescholten.“

„Danke Ihnen“, sagte Herr Semmelin — „meinen Sie, wenn sie zu einem Offizier hinunter in den Garten läuft!“

„Es soll nie wieder geschehen — aber bitte, kündigen Sie dem armen Mädchen nicht.“

„A, wissen Sie, Herr Leutnant“, sagte der Hofapo-theker, „das ist meinswegen mein eigenes Geschäft, und ich muß selber wissen, was ich zu tun oder zu lassen habe. Ich will Sie aber jetzt nicht länger aufhalten, die Luft ist jetzt rein, wünsche Ihnen ein recht guten Abend.“

„Guten Abend, Herr Hofapotheker“, sagte Leutnant von Wölfen in einer Stimmung, daß er den kleinen Mann hätte erwürgen können, zog sich seinen Mantel bis an die Ohren hinauf und verließ mit raschen und hastigen Schritten den Hofraum.

„Also die Nähmame!“ sagte Herr Semmelin, als ihn der Offizier verlassen hatte, indem er nachdenkend mitten im Dunkel stehen blieb und seinen Gedanken Andien gab. „Wer hätte das der kleinen schelmischen Person zugetraut! Auf die hätte ich geschworen, aber man darf meinswegen keinem einzigen Menschen mehr trauen auf der ganzen Welt; nichts als Lumperei — nichts als Lumperei! Hm, und 's scheint mir doch unendlich, denn wenn das kein braves Mädchen ist — Höre einmal, Semmelin, der Sache mußst Du auf die Spur kommen; der Abend ist warm, und wenn Du Dich meinswegen dort in die Ecke auf eine von den Bänken setzt, die morgen in den Garten kommen sollten, so kann Dir das nicht so viel schaden.“

(Fortsetzung folgt.)